

Bekanntmachung.

Oberpolizeiliche Vorschriften zu Art. 44 des P.-St.-G.-B. aus Anlaß der Ansammlung größerer Menschenmassen bei Gelegenheit von Eisenbahnbauten betr.

Im Namen Seiner Majestät des Königs von Bayern.

Auf Grund des Art. 7 des Polizeistrafgesetzbuches vom 26. Dezember 1871 werden zu Art. 44 desselben Gesetzes aus Anlaß der Ansammlung größerer Menschenmassen bei Gelegenheit des Eisenbahnbaues nachstehende oberpolizeiliche Vorschriften für den Regierungsbezirk von Oberbayern erlassen:

I. Allgemeine Vorschriften.

§ 1.

Jeder arbeitsfähige Inländer sowohl wie Ausländer, welcher gesund, mit der nothdürftigen Kleidung, sowie mit einer entsprechenden Legitimation, insbesondere Paß, Heimathschein, Dienstboten- oder Arbeitsbuch, Urlaubspass, versehen ist, wird als Arbeiter bei dem Bahnbaue zu Arbeiten zugelassen. Für solche Zubehörsgegenstände, welche in dem nämlichen Distriktspolizeibezirk arbeiten, in welchem sie heimathberechtigt sind, genügt ein Vorweis der Ortspolizeibehörde.

§ 2.

Die werktagschulpflichtige Jugend ist unbedingt ausgeschlossen.

§ 3.

Jeder, der Arbeit sucht, hat sich bei dem Baubeamten, Akkordanten oder mit der Aufnahme von Arbeitern betrauten Baubediensteten zu melden und demselben seine polizeiliche Legitimation vorzuzeigen.

Wird der Arbeiter angenommen, so erhält er eine, jedoch nur auf den folgenden, wenn aber ein Sonn- oder Feiertag dazwischen fällt, auf die zwei folgenden Tage gültige Aufnahmskarte, mit welcher er sich an demselben, längstens aber an dem folgenden Tage bei dem k. Bezirksarzte, oder dessen hiezu bestimmten Stellvertreter zur Untersuchung seines körperlichen und Gesundheitszustandes zu melden hat, deren Resultat dieser auf die Rückseite der Aufnahmskarte bestätigen wird.

Hierauf hat sich der Arbeiter sofort bei der einschlägigen Distriktspolizeibehörde zu melden, hier die also bestätigte Aufnahmskarte, sowie seine in Händen habende Legitimation zu übergeben und seine Herberge zu benennen.

Wenn seiner Annahme ein Hinderniß nicht im Wege steht, so erhält er eine mit dem Stempel der einschlägigen Eisenbahnbausektion versehene polizeiliche Aufenthaltskarte unter Siegelung und Fertigung der Distriktspolizeibehörde. Bis zur wirklichen Behändigung der eigentlichen Aufenthaltskarte dient die mit Vormerk versehene Aufnahmskarte als Legitimation.

§ 4.

Mit der Aufenthaltskarte hat sich der Arbeiter längstens am darauffolgenden Tage bei dem Akkordanten und beziehungsweise dem Bauführer zu melden, welcher die Aufenthaltskarte in sein Arbeiterregister einträgt. Der Eintrag ist auf die Rückseite der Aufenthaltskarte durch Beisetzung der Nummer des Registers und der Unterschrift des Eintragsenden vorzunehmen. Aufenthaltskarten, welche diese Vormerkung nicht an sich tragen, sind als ungültig zu betrachten, daher den Besitzern abzunehmen, diese selbst aber gehörigen Orts zur Anzeige zu bringen.

§ 5.

Sowie kein Bauunternehmer einen Arbeiter ohne Vorzeigung dieser Aufenthaltskarte beschäftigen darf, so ist es auch den Arbeitern verboten, dieselbe zu verpfänden oder an einen Dritten zu überlassen; es ist vielmehr jeder Arbeiter gehalten, die Aufenthaltskarte bei sich zu führen und solche jedem Eisenbahnbaubediensteten sowohl, sowie jedem Polizeibediensteten — Gerichtsbdiener, Polizeibdiener, Polizeisoldaten, der k. Gendarmerie — dann den Bürgermeistern auf Verlangen vorzuzeigen.

§ 6.

Durch Forderung und Empfang einer Aufnahmskarte verpflichtet sich jeder Arbeiter, wenigstens vier Wochen bei dem Akkordanten oder dem Bauführer in Arbeit zu bleiben, der ihn als Arbeiter aufgenommen hatte. Dem Bauführer oder Akkordanten steht es jedoch frei, einen nicht brauchbar befundenen Arbeiter in den ersten drei Arbeitstagen nach der Annahme wieder zu entlassen. Ebenso kann der Arbeiter auch dann früher entlassen werden, wenn die Arbeiten eingestellt werden, oder zu Ende gehen, oder der Arbeiter seine Schuldigkeit nicht thut.

§ 7.

Die Arbeitszeit für alle Arbeiter wird für die einzelnen Monate von der Bauverwaltung bezw. vom Bauunternehmer festgesetzt und ist für die Mittagsruhe die Stunde von 11—12 Uhr oder von 12—1 Uhr bestimmt.

Eine etwaige weitere Zwischenzeit richtet sich nach den Arbeits- und Ortsverhältnissen und bedarf der Zustimmung der k. Bauverwaltung bezw. des Bauunternehmers, welche zugleich auch darüber zu entscheiden haben, ob während solcher Pausen der Bauplatz verlassen werden darf oder nicht.

Sowie die Akkordarbeiter ihre Arbeiten früher beginnen und später endigen dürfen, so sind auch die Tagelohnarbeiter gehalten, in dringenden Fällen gegen erhöhten Tagelohn außer den oben bestimmten Arbeitsstunden zu arbeiten.

§ 8.

Die Tagelohnarbeiter müssen, wenn es verlangt wird, eine halbe Viertelstunde vor der bestimmten Arbeitszeit auf dem Bauplatz zum Verlesen sich einfinden, und dürfen nur während der Mittagsstunde, nicht aber — Erkrankungsfälle allein ausgenommen — während der etwaigen Zwischenzeit, oder während der Arbeit, oder vor dem Schlusse der Arbeitsstunden, welchem entweder ein zweites Verlesen oder ein Feierabendzeichen vorausgeht, sich vom Bauplatz entfernen.

§ 9.

Unentschuldigter Entfernung von Eisenbahnarbeitern während der Arbeitszeit von den Arbeitsplätzen überhaupt, oder Wegbleiben derselben von der Arbeit ist verboten.

§ 10.

Den Herberggebern ist untersagt, Arbeiter und Arbeiterinnen gleichzeitig zusammen in einem Lokal in Herberge zu nehmen, mit Ausnahme ganzer Familien.

§ 11.

Will ein Arbeiter seine Herberge verändern, so hat er sich mit seiner Aufenthaltskarte bei der Distrikts-Verwaltungsbehörde zu melden, welche, wenn sie die Genehmigung erteilt, solches auf der Aufenthaltskarte bestätigt, worauf der Arbeiter diese Erlaubniß seinem Arbeitsgeber zur Vormerkung vorzuzeigen und dieser solches durch Namensunterschrift zu bescheinigen hat.

§ 12.

Alle, sei es von der Bauverwaltung selbst, oder von Unternehmern,

bei den Hausausführungen beschäftigten Arbeiter werden nach Maßgabe des Reichsgesetzes über die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883 gegen Krankheit versichert.

Die auf die Arbeiter entfallenden Krankenversicherungsbeiträge werden durch Anschlag an den Baupläzen öffentlich bekannt gemacht.

Im Falle der Errichtung einer Baukrankenkasse wird jedem neu eintretenden Mitgliede ein Exemplar des Kassenstatuts nebst einem vom Kassenvorstande ausgefertigten Aufnahmsheine gegen Empfangsbekätigung unentgeltlich behändigt.

§ 13.

Die Akkordanten sind gehalten, alle Vorkehrungen und Sicherheitsmaßregeln zu treffen, welche nach Anordnung der Polizeibehörden im Benehmen mit der einschlägigen Eisenbahnbausektion oder von der Bauverwaltung allein zur Vermeidung von Unglücksfällen notwendig erachtet werden, wozu auch die Errichtung der erforderlichen Verbots- und Warnungstafeln gehört. Die Arbeiter dagegen sind gehalten, bei Vermeidung augenblicklicher Entlassung, den beschaffigen Befehlen des Baupersonals sowohl, als der Bauunternehmer und ihrer Aufseher unbedingten Gehorsam und pünktlichste Folge zu leisten. Insbesondere ist die Unterminirung der Erdwände zur Gewinnung des Füllmaterials und zum Behufe von Abträgen verboten und sind beim Sprengen von Felsen ausschließlich kupferne Zündnadeln oder Sicherheitszündkerzen anzuwenden. Die Akkordanten sind für den pünktlichen Vollzug dieser Anordnungen verantwortlich.

§ 14.

Alle Arbeiter sind gehalten, den Anordnungen der Akkordanten und ihrer Aufseher, bezw. der Bauführer, pünktlichen Gehorsam zu leisten, und sich sowohl gegen diese und das sonstige Baupersonal als auch gegen alle fremden Personen stets höflich und anständig zu benehmen. Das Jagen. Schnüren der Bauhandwerker ist strengstens untersagt.

§ 15.

Der gewerbsmäßige Verkauf von Gewaren und Getränken auf den Baupläzen ohne Bewilligung der Gewerbs-Polizeibehörde ist verboten. Marketenbereien werden von der Gewerbs-Polizeibehörde nach vorgängigem Benehmen mit der Bauverwaltung immer nur auf Ruf und Widerruf und nur auf solchen Baupläzen bewilligt, von welchen die dem Bedürfnisse entsprechenden Schenken zu weit entfernt sind. Das mit Fertigung der Ortspolizeibehörde versehene Preisverzeichnis muß in jeder Marketenberei angeheftet sein. Den Arbeitern ist gestattet, ihren täglichen Vorrathbedarf mit auf die Baupläze zu bringen, wie es ihnen auch erlaubt ist, zur Erlangung einer guten Mittagskost größere Menagen zu bilden. Die Bauunternehmer selbst aber sind gehalten, dafür zu sorgen, daß auf den Baupläzen immer gutes Trinkwasser in einer der Arbeiterzahl entsprechenden Menge vorhanden ist.

§ 16.

Will ein gesunder Arbeiter seine Entlassung nehmen, so hat er dies am Feierabend des vorletzten Werktags der Arbeitswoche gebührenden Orts anzuzeigen und sich gleichzeitig darüber auszuweisen, daß er dem Marketenberei nichts mehr schulde, was auch dann zu geschehen hat, wenn der Arbeiter ohne seinen Willen die Entlassung erhält.

Die erfolgte Entlassung (diese mag vom Arbeiter genommen werden oder ihm gegen seinen Willen gegeben sein) und deren Grund ist auf der Rückseite der Aufenthaltskarte getreulich zu bezeichnen und der Arbeiter anzuweisen, sich längstens am darauffolgenden Tage bei der einschlägigen Polizeibehörde zu melden und derselben neben der Aufenthaltskarte zugleich ein Zeugniß der Ortspolizeibehörde seines letzten Herbergsortes darüber vorzulegen, daß er an seinen Quartiergeber nichts mehr schulde, welches gleichfalls auf der Rückseite der Aufenthaltskarte beigesetzt werden kann. Steht dem Abgange des Arbeiters ein polizeiliches Hinderniß nicht im Wege, so erhält derselbe von der betreffenden Polizeibehörde gegen Uebergabe seiner Karte seine beponirte Legitimation mit Bestätigung der Arbeit versehen und mit pflichtmäßiger Beisetzung der Ursache der Entlassung zurück.

II. Besondere Vorschriften für die Regiearbeiter.

Außer vorstehenden auch auf die Regiearbeiter anwendbaren Vorschriften werden für letztere noch folgende besondere Bestimmungen getroffen:

§ 17.

Wer beim Beginne der Arbeiten nicht gegenwärtig ist, hat nach Umständen einen Lohnabzug im Betrage eines viertels, halben oder ganzen Tagelohns zu gewärtigen.

§ 18.

Die Arbeiter, welche Gerätschaften und Werkzeuge empfangen, haben für dieselben zu haften; Verluste müssen daher sogleich betreffenden Orts angezeigt werden, damit deren Veranlassung erhoben und festgestellt werden kann, außerdem der Abgang durch den Arbeiter unbedingt ersetzt werden muß. Werden solche Gegenstände durch Ungeschicklichkeit oder Muthwillen eines Arbeiters verdorben, so wird derselbe jedenfalls durch Tagelohnsabzug zum Ersatze angehalten.

III. Schlußbestimmungen.

§ 19.

Die Distriktspolizeibehörden sind ermächtigt, die denselben nach §§ 3, 11 und 16 zustehenden Geschäfte den einschlägigen Ortspolizeibehörden zu übertragen.

§ 20.

Die Uebertretung oder Nichtbefolgung der §§ 3, 4, 5, 9, 10, 11, 13, 14 und 15 vorstehender Vorschriften zieht vorbehaltlich der etwa sonst verwirkten Einschreitung die in Art. 44 des P.-St.-G.-B. vom 26. Dezbr. 1871 vorgeschriebenen Strafen nach sich.

§ 21.

Vorstehende oberpolizeiliche Vorschriften treten mit dem Tage ihrer Verkündung durch das Kreisamtsblatt an die Stelle der oberpolizeilichen Vorschriften gleichen Betreffs vom 24. Mai 1870 und sind von jeder Distriktspolizeibehörde, in deren Bezirk Eisenbahnbauten stattfinden, noch besonders bekannt zu machen.

München, den 22. Mai 1878.

Königl. Regierung von Oberbayern, Kammer des Innern.
von Zwehl, Präsident.